

Online-Diskussion

The US and the Israeli –Palestinian Conflict: One-state solution, two-state solution or no solution at all?

Veranstaltung im Rahmen der oiip online Reihe
A brand new world? Shifting powers in international politics

Eine Veranstaltung im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung. Mit freundlicher Unterstützung der US-Botschaft in Wien.

Summary erstellt von: Carina Radler & Christina Riegler

Keywords: Nahostkonflikt, Israel, Palästina, US-Nahostpolitik, US-Wahlen

Vortragende:

Raffaella A. Del Sarto

Associated Professor of Middle East Studies an der Johns Hopkins University, SAIS Europe, Bologna und Visiting Fellow am European University Institute in Florenz. Ihre Fachgebiete umfassen die internationalen Beziehungen der MENA-Region insbesondere in Bezug auf Europa, die politische und regionale Ordnung im Nahen Osten, Grenzfragen, Nahostkonflikt. Kürzlich von ihr erschienen „Israel Under Siege: The Politics of Insecurity and the Rise of the Israeli Neo-revisionist Right“(Georgetown University Press, 2017).

Rashid Khalidi

Edward Said Professor in Modern Arab Studies an der Columbia University, New York, Direktor des Middle East Institute der Columbia School of International and Public Affairs, Herausgeber des Journals “Palestine Studies”. Berater der palästinensischen Delegation bei den arabisch-israelischen Friedensverhandlungen in Madrid und Washington von 1991 bis 1993. Kürzlich von ihm erschienen „The Hundred Years' War on Palestine: A History of Settler Colonial Conquest and Resistance” (2020).

Gideon Levy

Autor und Journalist (Haaretz), politisch aktiv in der israelischen Arbeiterpartei, Fokus der journalistischen Arbeit auf die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete; zahlreiche Auszeichnungen für seine Arbeit über Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten, u.a. Emil Grunzweig Human Rights Award im Jahr 1996, Anna Lindh Foundation Journalism Award im Jahr 2008, Peace Through Media Award im Jahr 2012, Olof Palme Preis im Jahr 2016. Autor von „The Punishment of Gaza“ (2010).

Moderation:

Cengiz Günay ist stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik, sowie Lektor an der Universität Wien.

Datum:

25. September 2019

Veranstaltungsort:

Online Diskussion

Executive Summary

Vor dem Hintergrund der amerikanischen Präsidentschaftswahl 2020 wurde in der Online-Diskussion herausgearbeitet, wie sich die Trump-Administration auf den Nahost-Friedensprozess ausgewirkt und welche Einflussnahme seine Politik auf den Nahen Osten generell genommen hat. Eine baldige Lösung im Konflikt zwischen Israel und Palästina wurde als eher unwahrscheinlich dargestellt, auch unter dem neugewählten designierten demokratischen US-Präsidenten Joe Biden. Unter dem republikanischen Präsidenten Donald Trump wurden Annäherungen zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten gefördert, um Allianzen gegen den Iran in der Region weiter zu vertiefen. Die DiskutantInnen waren sich einig, dass der designierte US-Präsident Joe Biden mit Beginn seiner Amtszeit ehestmöglich Verhandlungen mit dem Iran im Hinblick auf dessen Atompolitik aufnehmen würde, allerdings sind von ihm auch keine radikalen Änderungen in der Nahostpolitik der USA zu erwarten. Allerdings tut sich hinsichtlich des Umgangs mit Israel, ein immer tieferer Graben zwischen dem Establishment der demokratischen Partei und der Basis auf. Die Interimsperiode bis zur Amtsübergabe an Joe Biden am 20.01.2021 wurde von den TeilnehmerInnen als eher unsicher eingeschätzt.

Status quo

Dass Präsident Trump ein ausgesprochener Unterstützer Israels ist, ist kein Geheimnis. In seiner vierjährigen Amtszeit musste die palästinensische Mission in Washington DC schließen, die amerikanische Botschaft in Israel siedelte von Tel Aviv nach Jerusalem und die Geldflüsse an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) wurden eingestellt. Das große Fragezeichen liegt im Moment vor allem in der Zeit bis zum 20. Jänner 2021 – bis zur offiziellen Inauguration von Präsident Biden. In dieser Übergangszeit könnte Noch-Präsident Trump umstrittene Schritte durchwinken, die die Position Israels stärken und eine Konfliktlösung weiter in die Ferne rücken lassen.



In der Zwischenzeit versucht Israel seine Interessen eigenständig voranzutreiben. So schloss das Land zum Beispiel - unter großem medialem Aufsehen - im September und Oktober 2020 Friedensverträge mit drei arabischen Ländern; Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und dem Sudan¹. Es wird gemutmaßt, dass sich auch Pakistan bald in die Reihe der Länder, die ein Normalisierungsabkommen der Beziehungen mit Israel unterzeichnen, einfügen könnte. Diese Friedensverträge können als erste Schritte in die richtige Richtung interpretiert werden, um die Beziehungen zwischen den Ländern im Nahen und Mittleren Osten zu normalisieren und die Region zu stabilisieren.

Während er diese außenpolitischen Erfolge verzeichnet, ist Benjamin Netanjahus Position innenpolitisch sehr angeschlagen. Unter anderem weil der Premierminister in mehrere Korruptionsskandale verwickelt war, wird er in naher Zukunft von Benny Gantz abgelöst.

Auch auf der palästinensischen Seite des Konflikts gibt es immer wieder politische Querelen und so sind die politischen Lager in den palästinensischen Autonomiegebieten zweigeteilt: aufgespalten zwischen der liberalen Fatah und der radikalen Hamas. Diese Zweispaltung macht die palästinensische Führung quasi handlungsunfähig. Ganz anders sah die Situation für die palästinensische Vertretung allerdings in den 1970er Jahren aus, wo die Gruppe sehr wohl international auftrat und sich der aktiven politischen Unterstützung seiner internationalen Partner erfreute. Mit dem Kalten Krieg kollabierte die

¹ Seit der Online-Veranstaltung am 25. November 2020 schlossen auch Marokko und Israel ein offizielles Normalisierungsabkommen ihrer gegenseitigen Beziehungen ab. [Stand: 10. Dezember 2020]

palästinensische Bewegung jedoch und spaltete sich in die zwei rivalisierende Lager auf, wodurch die Palästinenser auch ihre starke, einheitliche Stimme auf dem internationalen politischen Parkett verloren.

Israelisch besetzte Gebiete

Die Besetzung palästinensischer Gebiete durch israelische Siedler, unterstützt durch die israelische Regierung, ist mittlerweile zu einem permanenten Phänomen geworden. Ein oft gehörtes Argument in diesem Zusammenhang ist, dass das Bevölkerungswachstum Israel dazu zwingt, diese Schritte zu



unternehmen. Gideon Levy teilt diese Meinung jedoch nicht und argumentiert, dass israelische Familien auch auf Israels eigenem Staatsgebiet, zum Beispiel im südlichen Teil der Negev, siedeln könnten. Die internationale Gemeinschaft scheint die Siedlungen mehr oder weniger zu dulden. Auch wenn die

herrschende Meinung, die auch die EU vertritt, besagt, dass die Siedlungen im Westjordanland und im Gazastreifen unter internationalem Recht unrechtmäßig errichtet wurden, übt die internationale Gemeinschaft wenig bis gar keinen Druck auf Israel aus, um die Siedlungen zu stoppen. Mehr noch, mit der Unterstützung von Präsident Trump und dem Besuch von Außenminister Pompeo am 19. November 2020, wurden die israelischen Siedlungen im Westjordanland sogar öffentlich anerkannt und vorangetrieben.

Die einheitliche Meinung der drei Diskussionsteilnehmenden war, dass die USA, aber auch die EU, - mit dem notwendigen politischen Willen - innerhalb von kürzester Zeit einen Fortschritt in die Friedensverhandlung zwischen Israelis und Palästinenser provozieren könnten. So könnte die EU zum Beispiel ihren Handel mit Israel einschränken oder Reisebeschränkungen für Siedler einführen, und die USA könnten ihre finanzielle Unterstützung aussetzen, um politischen Druck auf Israel auszuüben. Dieser politische Wille fehlte jedoch in der Vergangenheit und es ist unwahrscheinlich, dass sich dies in Zukunft ändern wird.

Israels neueste Friedensverträge mit seinen arabischen Nachbarn

Es ist wichtig festzuhalten, dass die neuesten Friedensverträge zwischen Israel und den VAE, Sudan und Bahrain nicht automatisch einen friedvollen Nahen und Mittleren Osten garantieren. Andererseits darf auch die historische Signifikanz der Verträge keinesfalls unterschätzt werden, da sie durchaus das

Potenzial haben, eine neue regionale Ordnung und Realität der Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn herzustellen.

Als mitunter wichtigste Motivation für die Abkommen nennen die Diskussionsteilnehmenden das gemeinsame Interesse der Länder, eine Koalition gegen den Iran zu schmieden. Zudem werden die Abkommen in Zukunft auch die Zusammenarbeit der Vertragspartner im Bereich Überwachungstechnologien vorantreiben. In diesem Gebiet steuern die arabischen Partner die finanzielle Grundlage und Israel das technische Knowhow bei. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang allerdings, dass manche der arabischen Länder, mit denen soeben ein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, noch immer Schauplatz regelmäßiger Menschenrechtsverletzungen sind. Ein Beispiel dafür sind die Vereinigten Arabischen Emirate, die regelmäßig in der Kritik von Amnesty International und Human Rights Watch stehen. Es sollte also hinterfragt werden, ob solche Friedensverträge die Stabilität der Region fördern oder eher einen Rüstungswettstreit beflügeln.



Während die neuen Verträge sicher ein wichtiger symbolischer Schritt für die Region sind, hielten die Diskussionsteilnehmenden auch fest, dass der Schlüssel zur nachhaltigen Stabilisierung der Region noch immer in den Beziehungen zwischen Palästinensern und Israelis liegt, die von den oben genannten Normalisierungsabkommen unberührt bleiben. Trotzdem sprach sich Saudi-Arabien, als eines der ersten arabischen Länder, zum Beispiel erst kürzlich als Befürworter für einen neu angekurbelten Friedensprozess zwischen Israel und Palästina aus.

Israel, Palästina und der Iran

Auch wenn vor allem in der Übergangszeit zwischen Noch-Präsident Trump und dem neugewählten Präsident Biden noch viel Ungewissheit liegt, waren sich die Diskussionsteilnehmenden einig, dass Joe Biden wohl bald die Verhandlungen für ein neues Abkommen mit dem Iran aufnehme. Die Verhandlung eines neuen Deals mit dem Iran stünde wohl höher auf der Prioritätenliste des neuen Präsidenten und sei auch leichter erreichbar als eine Konfliktlösung für Israel-Palästina.

In diesem Zusammenhang wird es in Zukunft spannend zu beobachten sein, ob Israel auch im nächsten Jahr an den gerade geschlossenen Verträgen mit den arabischen Ländern (die ja auch vor allem auf

ihrer gemeinsamen Ablehnung gegenüber dem Iran basieren) festhalten, oder ob das Land einmal mehr seinem Unterstützer, den USA, politisch folgen wird. Del Sarto fügt hinzu, dass speziell der rechte Flügel der israelischen Politik die feindlichen Beziehungen zum Iran immer wieder in seiner Rhetorik zu seinem eigenen Vorteil nütze, um so von innenpolitischen Geschehnissen abzulenken.

Die Rolle der EU in dem Konflikt

Neben den USA ist natürlich auch die Europäische Union ein weiterer wichtiger Spieler in den Friedensvermittlungen zwischen Israelis und Palästinensern. Sie wird jedoch von den internationalen Beobachtern nicht so stark wahrgenommen wie die USA, da es der EU an einem einheitlichen Auftreten in dem Kontext mangelt und sich die 27 Mitgliedsstaaten (MS) auf keinen gemeinsamen Konsens einigen. Obwohl Brüssel Israel offiziell als „Besatzungsmacht im Gazastreifen und Westjordanland“ benennt, pflegen manche MS, allen voran Ungarn, ein freundschaftliches Verhältnis zu Israel und Premierminister Netanjahu und Schweden ist bislang der einzige MS, der die Souveränität der palästinensischen Gebiete offiziell anerkennt. Khalidi rief daher die Europäer noch mehr dazu auf,



eine wichtigere Vermittlerrolle in der Konfliktlösung zu übernehmen und so auch ihre post-koloniale Verantwortung für den Nahen und Mittleren Osten wahrzunehmen. Außerdem könnte es den vermittelnden Staaten zugutekommen, dass die EU zu den wichtigsten Handelspartnern Israels und der

weiteren Region zählt und auch der europäische Tourismus nach Israel eine wichtige Einnahmequelle für das Land ist. Sicher ist, dass die EU einen Vorstoß vom zukünftigen Präsident Biden in Richtung Zwei-Staaten-Lösung unterstützen würde.

Kritisch anzumerken ist, dass Gruppen oder Akteure der europäischen Zivilgesellschaft, die sich auf der einen oder anderen Seite des Konflikts positionieren, schnell als „antisemitisch“ oder „islamophob“ abgestempelt werden.

Die Rolle der USA in dem Konflikt

Die Sicherheit Israels hat seit jeher einen sehr hohen Stellenwert in den USA. Daran wird sich vermutlich auch in der Amtszeit von Präsident Biden wenig ändern. Auch der zukünftigen Vize-Präsidentin Kamala Harris oder dem designierten Außenminister Anthony Blinken schrieben die Diskussionsteilnehmenden ein eingeschränktes politisches Interesse zu, den Friedensprozess zwischen

Israel und Palästina voranzutreiben. Zu sehr haben sie sich auf die Wahrung der Sicherheit Israels auf die Fahnen geheftet. Allerdings ist die Definition der Sicherheit hier sehr weit gefasst.

Ähnlich wie in Europa, wird das größte Potenzial eine nachhaltige Veränderung voranzutreiben, der Zivilgesellschaft zugeschrieben. So entwickelte sich in den letzten Jahren zum Beispiel eine Gruppe im amerikanischen Kongress, die aktiv Konditionen für die Unterstützungszahlungen an Israel forderte (angeleitet von der Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez). Außerdem sei auch ein Umdenken in der jungen jüdischen Gesellschaft in den USA in Bezug auf die Gleichstellung der Palästinenser zu erkennen.

Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung?

Die aktuelle Situation zwischen Israel und Palästina erinnert an eine de-facto Ein-Staaten-Lösung. Die palästinensischen Gebiete sind von der israelischen Regierung abhängig in Bezug auf die Wasser-, Strom- oder Nahrungsversorgung. Nach wie vor sind jedoch PalästinenserInnen und Israelis keine gleichwertigen Bürgerinnen und Bürger in diesem Staat und Israel weigert sich, die Souveränität der PalästinenserInnen anzuerkennen. Levy zieht in diesem Zusammenhang sogar den Vergleich mit dem Apartheitsstaat in Südafrika. Fakt ist, dass eine Zwei-Staaten-Lösung im Status quo schwierig zu verwirklichen ist, da vor allem den PalästinenserInnen eine einheitliche politische Führung und somit auch eine Stimme und Strategie fehlt. Auch der geplante Machtwechsel von Premierminister Netanjahu zu Benny Gantz wird wahrscheinlich nichts an der aktuellen Situation und dem Stillstand der Friedensverhandlungen ändern. Hinsichtlich der Frage des Umgangs mit den PalästinenserInnen gibt es innerhalb des israelischen Politestablishments kaum Unterschiede.

Eine wichtige Erkenntnis aus der Vergangenheit für zukünftige Verhandlungen ist, dass sich die Gegebenheiten im Nahen Osten in den letzten 25 Jahren verändert haben. Anders ausgedrückt, die Ein- oder Zwei-Staaten-Lösungsansätze müssten heute weiterentwickelt und mit anderen Parametern, wie sie das zweite Oslo-Abkommen von 1995 vorsieht, umgesetzt werden. Dabei ist wichtig anzuerkennen, dass Israel und Palästina keine gleichgestellten Partner sind. Die Machtverteilung zwischen den zwei Parteien ist unausgeglichen, da Israel über mehr Ressourcen als Palästina verfügt. Dies wird im Moment durch die zersplitterte palästinensische Führung noch verstärkt.

Die PalästinenserInnen können inzwischen auch kaum mehr auf regionale Unterstützung durch arabische Staaten hoffen. Die Monarchien und Diktaturen in der Region legen nicht nur wenig Wert auf demokratische Prinzipien, sie sind auch mit sich selbst bzw. mit ihrem eigenen Machterhalt

beschäftigt. In diesen Ländern wurde zwar der Ruf nach Veränderung während der Arabellion 2011 und auch 2019 immer lauter, aber bis jetzt hat sich noch keine nachhaltige Veränderung ergeben. Das Ende der kleptokratischen Führungen würde die ganze Region politisch stärken und könnte so auch einen positiven Einfluss auf die palästinensische Führung haben.

Fazit

Die Vorzeichen für einen baldigen Fortschritt im Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern stehen schlecht, gerade weil auch Noch-Präsident Trump in seinen letzten Tagen im Amt bis zur Inauguration von Präsident Biden am 20. Jänner 2021 noch unvorhergesehene Schritte, zu Gunsten Israels und zu Ungunsten der PalästinenserInnen einleiten könnte. Für Vermittler, wie die USA oder die EU, wäre es aber wichtig, auf eine Gleichstellung der Rechte und Pflichten von israelischen und palästinensischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern zu plädieren. Dieser Vorstoß könnte gemeinsam mit den bereits abgeschlossenen Friedensverträgen zwischen Israel und anderen arabischen Ländern eine neue Atmosphäre und Verhandlungsbasis für den israelisch-palästinensischen Friedensprozess schaffen. Stabilisierungs- und Demokratieprozesse in den arabischen Nachbarländern würden die palästinensische Führung außerdem zusätzlich positiv beeinflussen.